

02.10.2018

Antrag

der Fraktion SPD

Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen

I. Ausgangslage

Der Bedarf an Kindertagesbetreuungsplätzen nimmt aufgrund der demografischen Entwicklungen weiterhin stetig zu. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) prognostiziert bis zum Jahr 2025 deutschlandweit einen zusätzlichen Platzbedarf, da sich die Zahl der Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Grundschulalter bei gleichbleibender Entwicklung von derzeit 7.654.000 um bis zu 415.000 Kinder erhöhen dürfte. Gleichzeitig besteht nach wie vor eine deutliche Kluft zwischen Elternwünschen und vorhandenen Betreuungsplätzen. Einen entsprechend hohen Handlungsbedarf für den Platzausbau in Nordrhein-Westfalen stellte auch die Johanniter-Zukunftsstudie „Frühkindliche Bildung und Betreuung in Nordrhein-Westfalen“ im Jahr 2017 fest.

Nach wie vor engagieren sich die Kommunen intensiv, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr zu erfüllen. Die Ausbaudynamik darf in Nordrhein-Westfalen nicht ins Stocken geraten, weil die Landesprogramme überzeichnet sind. Die Landesregierung muss die Hinweise aus der kommunalen Landschaft ernst nehmen: Beispielsweise hat die Stadt Bünde die von Bund und Land für die Jahre 2017 bis 2020 bereitgestellten Fördermittel des Landes NRW und des Bundesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ bereits jetzt komplett verbraucht. Einem entscheidungsreifen Antrag des Landesjugendamts Münster, weitere 42 Ü3-Plätze mit einem Fördervolumen von 560.250 Euro zu schaffen, kann deshalb nicht entsprochen werden. Darüber hinaus sind Zuschussanträge für weitere 100 Ü3-Plätze und 24 U3-Plätze bis zum 1. August 2020 in Vorbereitung. Dies entspricht allein für die Stadt Bünde einem Investitionsvolumen von rund 2,8 Millionen Euro, für das die Stadt nicht auf Landesförderprogramme zurückgreifen kann. Wie die Antwort des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen vom 12. Juni 2018 zeigt, sind für die erheblichen Zusatzbelastungen der Kommunen durch den Kita-Ausbau für die nächsten Jahre keine weiteren Mittel vorgesehen, die über die bereits laufenden Investitionsprogramme aus rot-grüner Regierungszeit hinausgehen. Ein fundierter Wille, ausreichend hohe Investitionsvolumen in die Hand zu nehmen und die erheblichen

Datum des Originals: 02.10.2018/Ausgegeben: 02.10.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Mehreinnahmen des Landes in die frühkindliche Bildung zu investieren, ist trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht erkennbar. Stattdessen ruhen sich CDU und FDP auf den Erfolgen der SPD-geführten Landesregierung aus, die zum Beispiel in den Jahren von 2010 bis 2017 die Zahl der Betreuungsplätze für unterdreijährige Kinder auf 179.472 Plätze mehr als verdoppelt und zudem ein Ü3-Investitionsprogramm ins Leben gerufen hat.

II. Der Landtag stellt fest:

Um den Herausforderungen des Kita-Ausbaus gerecht zu werden, nimmt die Landesregierung trotz sprudelnder Steuereinnahmen keine zusätzlichen Gelder in die Hand, um den gestiegenen Bedarf zu decken. Die aktuell zur Verfügung stehenden Programme stammen noch aus der vergangenen Legislaturperiode. Eine immer in Aussicht gestellte bedarfsgerechte Anpassung steht bis heute aus.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die kommunalen Jugendämter mit ausreichenden Investitionsmitteln auszustatten, um den Kita-Ausbau dem weiterhin steigenden Bedarf anpassen zu können.
- ein nachhaltiges, verlässliches und solide finanziertes Kita-Ausbauprogramm aufzulegen, das die Baukostenentwicklungen der vergangenen Jahre einpreist.
- für dieses Ziel aus Landesmitteln mindestens 200 Millionen Euro über die nächsten drei Jahre bereitzustellen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Regina Kopp-Herr
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion